

Die UN-Charta sollte die rechtliche Grundlage einer multipolaren Welt werden

Von Sergei V. Lavrov

4.2.2025

<https://eng.globalaffairs.ru/articles/un-charter-lavrov/>

<https://eng.globalaffairs.ru/wp-content/uploads/2025/02/043-049.pdf>

Veröffentlichung der deutschen Übersetzung durch [Globalbridge](#) am 20.5.2025

<https://globalbridge.ch/warum-haelt-sich-der-westen-nicht-an-die-grundsaezze-der-uno/>

(Red.) Die in Russland herausgegebene Zeitschrift «Russia in Global Affairs» – zweisprachig Russisch und Englisch – publiziert oft interessante Artikel von namhaften Autoren, die vor allem auch zeigen, dass die Vorstellung, in Russland sei nur eine Meinung geduldet, in den Bereich westlicher Verleumdung gehört. Jetzt hat, nicht zum ersten Mal, «Russia in Global Affairs» auch wieder einen Grundsatzartikel des russischen Außenministers Sergei Lavrov veröffentlicht, der lesenswert ist. Sergei Lavrov erinnert daran, wie die heutige Weltordnung zustande gekommen ist, und zeigt auf, wie sie oft nicht eingehalten wird. (cm)

Vor achtzig Jahren, am 4. Februar 1945, eröffneten die Führer der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs – die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten und Großbritannien – die Konferenz von Jalta, um die Konturen der Nachkriegswelt zu bestimmen. Trotz ideologischer Differenzen einigten sie sich darauf, den deutschen Nationalsozialismus und den japanischen Militarismus zu beseitigen. Die auf der Krim getroffenen Vereinbarungen wurden auf der Potsdamer Konferenz im Juli und August 1945 bekräftigt und weiter ausgearbeitet.

Ein Ergebnis der Verhandlungen war die Gründung der Vereinten Nationen und die Verabschiedung der Charta der Vereinten Nationen, die bis heute die wichtigste Quelle des Völkerrechts ist. Die Charta legte Ziele und Grundsätze für das internationale Verhalten der Staaten fest, die deren friedliche Koexistenz und nachhaltige Entwicklung gewährleisten sollen. Der Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten legte den Grundstein für das System von Jalta-Potsdam: Niemand darf eine Vorherrschaft beanspruchen, da alle unabhängig von ihrem Territorium, ihrer Bevölkerung, ihren militärischen Fähigkeiten oder anderen Kriterien formal gleich sind.

Trotz all ihrer Stärken und Schwächen, über die Wissenschaftler noch immer diskutieren, bildet die Ordnung von Jalta-Potsdam seit acht Jahrzehnten den normativ-rechtlichen Rahmen des internationalen Systems. Die auf den Vereinten Nationen basierende Weltordnung erfüllt ihre Hauptaufgabe – alle vor einem neuen Weltkrieg zu schützen. In der Tat „hat uns die UNO nicht ins Paradies geführt, sondern vor der Hölle bewahrt“ [1]. Das in der Charta verankerte Vetorecht – das kein „Privileg“, sondern eine besondere Verantwortung für die Wahrung des Friedens ist – dient als solide Barriere gegen unüberlegte Entscheidungen und bietet Raum für Kompromisse auf der Grundlage eines Interessenausgleichs. Als politischer Kern des Systems von Jalta und Potsdam hat die UNO als einzigartige universelle Plattform für die Entwicklung kollektiver Antworten auf gemeinsame Herausforderungen gedient, sei es im Bereich der internationalen Frieden und Sicherheit oder der sozioökonomischen Entwicklung.

In der UNO wurde unter maßgeblicher Beteiligung der UdSSR der Grundstein für die multipolare Welt gelegt, die heute vor unseren Augen entsteht. Insbesondere der Entkolonialisierungsprozess wurde durch die *Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit von kolonialen Ländern und Völkern*, die 1960 auf Initiative der UdSSR verabschiedet wurde, rechtlich umgesetzt. In dieser Zeit erlangten Dutzende von Völkern, die zuvor von den Kolonialmächten unterdrückt worden waren, erstmals ihre Unabhängigkeit und die Chance auf einen eigenen Staat. Heute können einige dieser ehemaligen Kolonien für sich beanspruchen, Machtzentren in der multipolaren Welt zu sein, während andere supranationalen Bündnissen mit regionaler oder kontinentaler Reichweite angehören.

Wie russische Wissenschaftler zu Recht feststellen, ist jede internationale Institution in erster Linie „ein Mittel, um den natürlichen Egoismus der Staaten zu begrenzen“ [2]. Die UNO mit ihrer im Konsens verabschiedeten Charta bildet da keine Ausnahme.

Die UNO-zentrierte Ordnung basiert somit auf internationalem – wahrhaft universellem – Recht, aus dem sich ergibt, dass jeder Staat dieses Recht zu achten hat.

Russland hatte, wie die Mehrheit der Weltgemeinschaft, nie Schwierigkeiten damit. Aber der Westen hat sich nie von seinem Syndrom der Ausnahmestellung befreit und behält seine neokolonialen Gewohnheiten bei, d. h. auf Kosten anderer zu leben. Zwischenstaatliche Beziehungen, die auf der Achtung des Völkerrechts beruhen, waren dem Westen von Anfang an nicht genehm.

Die ehemalige US-Unterstaatssekretärin Victoria Nuland gab einmal in einem Interview offen zu, dass „Jalta für uns kein guter Deal war, es war kein Deal, den wir hätten abschließen sollen“. Diese Haltung erklärt viel über das internationale Verhalten der USA: 1945 war Washington praktisch gezwungen, widerwillig der Nachkriegsweltordnung zuzustimmen, die von der amerikanischen Elite bereits als Hindernis empfunden wurde und bald revidiert werden sollte. Die Revision begann mit Winston Churchills

berüchtigter „Eiserner Vorhang“-Rede in Fulton im Jahr 1946, in der er im Wesentlichen den Kalten Krieg gegen die Sowjetunion erklärte. Die USA und ihre Verbündeten betrachteten die Vereinbarungen von Jalta und Potsdam als taktisches Zugeständnis und haben sich nie an den Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten aus der Charta der Vereinten Nationen gehalten.

Der Westen hatte eine schicksalhafte Chance, seinen Kurs zu korrigieren, Besonnenheit und Weitsicht zu zeigen, als die Sowjetunion zusammen mit dem sozialistischen Lager zusammenbrach. Doch egoistische Instinkte überwogen. In seiner Rede vor dem Kongress am 11. September 1990, berauscht vom „Sieg im Kalten Krieg“, verkündete US-Präsident George H. W. Bush die Ankunft einer neuen Weltordnung [3], die amerikanische Strategen als vollständige Vorherrschaft der USA auf der internationalen Bühne verstanden, als Chance, einseitig und ohne Rücksicht auf die in der UN-Charta verankerten rechtlichen Beschränkungen zu handeln.

Ein Ausdruck dieser „regelbasierten Ordnung“ war Washingtons Politik der geopolitischen Einbindung Osteuropas. Russland war gezwungen, deren explosive Folgen mit der militärischen Sonderoperation zu beseitigen.

Im Jahr 2025, mit der Rückkehr der republikanischen Regierung unter Donald Trump an die Macht, hat Washingtons Interpretation der internationalen Prozesse seit dem Zweiten Weltkrieg eine neue Dimension angenommen, wie der neue Außenminister Marco Rubio am 15. Januar vor dem Senat anschaulich darlegte: Die Nachkriegsweltordnung ist nicht nur überholt, sondern wurde zu einer Waffe gegen die Interessen der USA [4]. Mit anderen Worten: Nicht nur die Ordnung von Jalta und Potsdam ist unerwünscht, sondern auch die „regelbasierte Ordnung“, die nach dem Kalten Krieg den Egoismus und die Arroganz des von den USA geführten Westens zu verkörpern schien. „America first“ ähnelt in alarmierender Weise dem Hitler-Slogan „Deutschland über alles“, und eine Wette auf „Frieden durch Stärke“ könnte der letzte Schlag für die Diplomatie sein. Ganz zu schweigen davon, dass solche Äußerungen und ideologischen Konstrukte nicht den geringsten Respekt vor den völkerrechtlichen Verpflichtungen Washingtons aus der UN-Charta zeigen.

Heute ist jedoch nicht 1991 oder sogar 2017, als der amtierende US-Präsident zum ersten Mal das Ruder übernahm. Russische Analysten stellen zu Recht fest, dass „es keine Rückkehr zum früheren Zustand geben wird, den die USA und ihre Verbündeten nach wie vor anstreben, da sich die demografischen, wirtschaftlichen, sozialen und geopolitischen Bedingungen irreversibel verändert haben“ [5]. Wahrscheinlich trifft auch die Vorhersage zu, dass „die Vereinigten Staaten letztendlich verstehen werden, dass sie ihren Verantwortungsbereich in internationalen Angelegenheiten nicht überstrapazieren sollten, und dass sie als einer der führenden Staaten, aber nicht mehr als Hegemon, recht harmonisch leben werden“ [6].

Die Multipolarität gewinnt an Dynamik, und anstatt sich ihr zu widersetzen, könnten die USA in absehbarer Zukunft zusammen mit Russland, China und anderen Staaten im globalen Süden, Osten, Norden und Westen zu einem verantwortungsbewussten Machtzentrum werden. Vorerst scheint es, als werde die neue US-Regierung mit Cowboy-Raids die Grenzen und die Beständigkeit des bestehenden UN-zentrierten Systems gegenüber amerikanischen Interessen austesten. Ich bin jedoch sicher, dass auch diese Regierung bald verstehen wird, dass die internationale Realität viel komplexer ist als die Karikaturen, die sie vor dem amerikanischen Publikum oder ihren gehorsamen geopolitischen Verbündeten frei entfalten kann.

Während wir darauf warten, dass die Amerikaner zur Besinnung kommen und dies erkennen, werden wir weiterhin gewissenhaft mit unseren gleichgesinnten Partnern zusammenarbeiten, um die Mechanismen der zwischenstaatlichen Beziehungen an die Multipolarität und an den in der UN-Charta verankerten internationalen Rechtskonsens von Jalta und Potsdam anzupassen. Hervorzuheben ist die BRICS-Erklärung von Kasan vom 23. Oktober 2024, in der die Weltmehrheit ihr gemeinsames „Bekenntnis zum Multilateralismus und zur Wahrung des Völkerrechts, einschließlich der in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Ziele und Grundsätze als unverzichtbarer Eckpfeiler und der zentralen Rolle der Vereinten Nationen im internationalen System“ klar bekräftigt [7]. Dieser Ansatz wurde von führenden Staaten formuliert, die die moderne Welt prägen und die Mehrheit ihrer Bevölkerung vertreten. Ja, unsere Partner im Süden und Osten haben durchaus legitime Wünsche hinsichtlich ihrer Beteiligung an der globalen Governance. Im Gegensatz zum Westen sind sie und wir zu ehrlichen und offenen Diskussionen über alle Fragen bereit.

Unsere Position zur Reform des UN-Sicherheitsrats ist bekannt [8]. Russland strebt eine Demokratisierung dieses Gremiums durch eine stärkere Vertretung der Weltmehrheit an: Asien, Afrika und Lateinamerika. Wir unterstützen die Anträge Brasiliens und Indiens auf ständige Sitze im Sicherheitsrat und setzen uns gleichzeitig dafür ein, die historische Ungerechtigkeit gegenüber dem afrikanischen Kontinent mit von den Afrikanern selbst vereinbarten Mitteln zu korrigieren. Die Zuweisung zusätzlicher Sitze an Länder des kollektiven Westens, die im Sicherheitsrat bereits überrepräsentiert sind, ist kontraproduktiv. Deutschland und Japan, die einen Großteil ihrer Souveränität an ihren Überseepaten delegiert haben und begonnen haben, die Geister des Nationalsozialismus und Militarismus im eigenen Land wiederzubeleben, können nichts Neues in die Arbeit des Sicherheitsrates einbringen.

Wir bekennen uns nachdrücklich zur Unverletzlichkeit der Vorrechte der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates. Angesichts der unberechenbaren Politik der westlichen Minderheit kann nur das Vetorecht gewährleisten, dass die Beschlüsse des Rates die Interessen aller Parteien berücksichtigen.

Die Personalpolitik des UN-Sekretariats ist nach wie vor eine Beleidigung für die Weltmehrheit, da alle Schlüsselpositionen weiterhin von Westlern dominiert werden. Die Angleichung der UN-Bürokratie an die geopolitische Weltkarte darf nicht weiter verzögert werden, wie in der oben genannten BRICS-Erklärung von Kasan ganz eindeutig festgestellt wurde. Wir werden sehen, wie empfänglich die UN-Verwaltung, die daran gewöhnt ist, den Interessen einer kleinen Gruppe westlicher Länder zu dienen, für diesen Aufruf sein wird.

Was den normativen Rahmen der UN-Charta betrifft, so bin ich überzeugt, dass er den Anforderungen des multipolaren Zeitalters, in dem alle – nicht nur in Worten, sondern auch in Taten – die Grundsätze der souveränen Gleichheit der Staaten, der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten und andere grundlegende Prinzipien achten müssen, optimal entspricht. Zu diesen Grundsätzen gehört das Selbstbestimmungsrecht der Völker, dessen einvernehmliche Auslegung in der Erklärung der Vereinten Nationen über die Grundsätze des Völkerrechts von 1970 verankert ist: Die territoriale Integrität eines Staates muss respektiert werden, wenn seine Regierung die gesamte Bevölkerung vertritt. Es versteht sich von selbst, dass das Kiewer Regime seit dem Staatsstreich vom Februar 2014 das Volk der Krim, des Donbass oder Noworossija ebensowenig vertritt wie die westlichen Mächte die Völker der von ihnen ausgebeuteten Kolonialgebiete vertraten.

Unverschämte Versuche, die Welt nach eigenem Interesse neu zu ordnen und dabei die Grundsätze der UNO zu verletzen, können zu Instabilität, Konfrontation und sogar zu Katastrophen führen. Angesichts der derzeitigen internationalen Spannungen wird eine rücksichtslose Ablehnung des Systems von Jalta-Potsdam mit der UNO und der UN-Charta als Kernstück unweigerlich zu Chaos führen.

Oft hört man, es sei verfrüht, von einer gewünschten Weltordnung zu sprechen, solange wir noch darum kämpfen, die vom Westen unterstützten Kräfte des rassistischen Regimes in Kiew zu unterdrücken. Dies ist unserer Ansicht nach ein verhängnisvoller Ansatz. Die Konturen der Nachkriegsweltordnung und die Kerpunkte der UN-Charta wurden von den Alliierten auf dem Höhepunkt des Zweiten Weltkriegs diskutiert, unter anderem auf der Moskauer Außenministerkonferenz und der Teheraner Konferenz der Staats- und Regierungschefs 1943 sowie bei weiteren Kontakten zwischen den künftigen Siegermächten bis hin zu den Konferenzen von Jalta und Potsdam 1945. Obwohl unsere Verbündeten bereits eine geheime Agenda hatten, schmälerte dies nicht die bleibende Bedeutung der höchsten Prinzipien der Gleichheit, der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten und der „Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion“.

Der Westen hat sich diesen Grundsätzen offensichtlich nur mit Hintergedanken verschrieben und sie dann in Jugoslawien, im Irak, in Libyen und in der Ukraine grob verletzt, aber das bedeutet nicht, dass wir die

Vereinigten Staaten und ihre Satelliten von ihrer moralischen und rechtlichen Verantwortung entbinden oder das einzigartige Erbe der Gründer der Vereinten Nationen, wie es in der Charta der Vereinten Nationen verankert ist, aufgeben sollten [9]. Sollte jemand versuchen, sie umzuschreiben (unter dem Vorwand, das „veraltete“ System von Jalta und Potsdam abschaffen zu wollen), würde die Welt keine gemeinsamen Leitwerte mehr haben.

Russland ist bereit für eine gemeinsame ehrliche Arbeit, um die Interessen der Parteien auszugleichen und die rechtlichen Grundsätze der internationalen Beziehungen zu stärken.

Die Initiative von Präsident Wladimir Putin aus dem Jahr 2020 für ein Treffen der Staats- und Regierungschefs der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats, die „eine besondere Verantwortung für die Erhaltung der Zivilisation“ tragen [10], zielte auf einen gerechten Dialog über alle diese Fragen ab. Aus bekannten Gründen, die außerhalb der Kontrolle Russlands liegen, kam diese Initiative nicht weiter. Wir geben jedoch die Hoffnung nicht auf, auch wenn die Teilnehmer und das Format solcher Treffen nun anders aussehen mögen. Das Wichtigste ist laut Putin, „das Verständnis dafür wiederzugewinnen, wozu die Vereinten Nationen geschaffen wurden, und den Grundsätzen zu folgen, die in ihren Gründungsdokumenten festgelegt sind“[11]. Dies sollte die oberste Leitlinie für die Regelung der internationalen Beziehungen in der beginnenden multipolaren Ära sein.

The UN Charter Should Become the Legal Foundation of a Multipolar World

By S. V. Lavrov

Global Affairs, 23(2), pp. 43–49. DOI: 10.31278/1810-6374-2025-23-2-43-49

<https://eng.globalaffairs.ru/articles/un-charter-lavrov/>

<https://eng.globalaffairs.ru/wp-content/uploads/2025/02/043-049.pdf>

Brazen attempts to reorder the world in one's own interest, violating UN principles, may beget instability, confrontation, and even catastrophe. Given the current level of international strife, recklessly rejecting the Yalta-Potsdam system, with the UN and UN Charter at its core, will inevitably lead to chaos.

Eighty years ago, on 4 February 1945, the leaders of the victors of World War II—the Soviet Union, the United States, and Britain—opened the Yalta Conference to determine the contours of the postwar world. Despite ideological differences, they agreed to eradicate German Nazism and Japanese militarism. The agreements reached in Crimea were reaffirmed and elaborated upon at the Potsdam Conference in July-August 1945.

One result of the negotiations was the creation of the United Nations and the approval of the UN Charter, which to this day remains the main source of international law. The Charter set forth goals and principles for countries' international behavior, which are designed to ensure their peaceful coexistence and sustained development. The principle of states' sovereign equality laid the foundation for the Yalta-Potsdam system: none may claim dominance, as all are formally equal regardless of territory, population, military capabilities, or other metrics.

For all its strengths and weaknesses, about which scholars still argue, the Yalta-Potsdam order has for eight decades provided the international system's normative-legal framework. The UN-based world order fulfills its main task—safeguarding everyone against a new world war. Truly, “the UN has not brought us to paradise but saved us from hell.”^[1] The veto power enshrined in the Charter—which is not a ‘privilege,’ but a burden of special responsibility for safeguarding peace—serves as a solid barrier against reckless decisions, and provides room for finding compromise based on a balance of interests. As the political core of the Yalta-Potsdam system, the UN has served as a unique universal platform for developing collective responses to common challenges, whether to international peace and security or to socio-economic development.

It was at the UN that, with a key role played by the USSR, the foundation was laid for the multipolar world that is now emerging before our eyes. In particular, the process of decolonization was legally implemented through the *Declaration on the Granting of Independence to Colonial Countries and Peoples*, adopted in 1960 at the Soviet Union's initiative. In that era, dozens of peoples, previously oppressed by the colonial powers, for the first time obtained independence and a chance at their own statehood. Today, some of these former colonies can claim to be centers of power in the multipolar world, while others belong to supranational unions with regional or continental civilizational reach.

As Russian scholars rightly note, any international institution is, above all, "a way to limit the natural egoism of states."^[2] The UN, with its consensus-adopted Charter, is no exception.



The UN-centric order is thus based on international—truly universal—law, from which it follows that every state should abide by that law.



Russia, like the majority of the world community, has never had any difficulty doing so. But the West was never cured of its syndrome of exceptionalism, and retains its neocolonial habits, i.e., living at the expense of others. Interstate relations based on respect for international law were, from the very beginning, not to the West's liking.

Former U.S. Under Secretary of State Victoria Nuland once frankly admitted, in an interview, that "Yalta was not a good deal for us, it was not a deal we should've cut." That sort of attitude goes a long way in explaining America's international behavior; in 1945, Washington was practically forced to grudgingly agree to the postwar world order, already perceived as a hindrance by the American elite, which soon sought to revise it. The revision began with Winston Churchill's infamous *Iron Curtain* speech in Fulton in 1946, which essentially declared a Cold War against the Soviet Union. Perceiving the Yalta-Potsdam agreements as a tactical concession, the United States and its allies have never followed the UN Charter's fundamental principle of the sovereign equality of states.

The West had a fateful chance to right its course, to show prudence and foresight, when the Soviet Union collapsed along with the world socialist camp. However, selfish instincts prevailed. Addressing Congress on 11 September 1990, intoxicated by "victory in the Cold War," U.S. President George H.W. Bush proclaimed the advent of a new world order,^[3] an order that American strategists understood as complete

U.S. dominance in the international arena, as a window of opportunity to act unilaterally without any regard for the legal restrictions embedded in the UN Charter.

One manifestation of the ‘rules-based order’ was Washington’s policy of geopolitically absorbing Eastern Europe. Russia has been forced to eliminate its explosive consequences with the Special Military Operation.

In 2025, with Donald Trump’s Republican administration back in power, Washington’s interpretation of international processes since World War II has taken on a new dimension, as vividly described to the Senate by new Secretary of State Marco Rubio on 15 January: not only is the postwar world order outdated, but it has been turned into a weapon against U.S. interests.^[4] In other words, not only the Yalta-Potsdam order is undesirable; so, too, is the ‘rules-based order’ that seemed to embody the selfishness and arrogance of the U.S.-led West after the Cold War. “America first” is alarmingly similar to the Hitlerite slogan “Germany above all”, and a wager on “peace through strength” may be the final blow to diplomacy. Not to mention that such statements and ideological constructs show not even the slightest bit of respect for Washington’s international legal obligations under the UN Charter.

However, today is not 1991 or even 2017, when the incumbent U.S. President took the helm for the first time. Russian analysts rightly note that “there will be no return to the previous state of affairs, still sought after by the U.S. and its allies, because demographic, economic, social, and geopolitical conditions have changed irreversibly.”^[5] There is also probably truth in the prediction that eventually “the United States will understand that it should not overstretch its area of responsibility in international affairs, and will live quite harmoniously as one of the leading states, but no longer a hegemon.”^[6]

Multipolarity is gaining momentum and, instead of opposing it, the U.S. could in the foreseeable future become a responsible center of power along with Russia, China, and other states in the Global South, East, North, and West. For the moment, it seems that the new U.S. administration will be launching cowboy raids to test the existing UN-centric system’s limits and durability versus American interests. But I am sure that this administration, too, will soon understand that international reality is much more complex than the caricatures that it is free to deploy before internal American audiences or obedient geopolitical allies.

While we wait for the Americans to sober up and realize this, we will continue to work conscientiously with our like-minded partners to adapt the mechanisms of interstate relations to multipolarity, and to the Yalta-Potsdam international legal consensus that is embodied in the UN Charter. It is worth noting the BRICS Kazan Declaration of 23 October 2024, which clearly reaffirms the World Majority’s united “commitment to multilateralism and upholding the international law, including the Purposes and Principles enshrined in

the UN Charter as its indispensable cornerstone and the UN's central role in the international system."[\[7\]](#) This approach has been formulated by leading states that shape the modern world and represent the majority of its population. Yes, our partners in the South and East have quite legitimate wishes regarding their participation in global governance. Unlike the West, they, and we, are ready for honest and open discussions on all issues.

Our position on UN Security Council reform is well known.[\[8\]](#) Russia seeks to make this body more democratic by expanding the representation of the World Majority: Asia, Africa, and Latin America. We support the applications of Brazil and India for permanent seats on the Security Council, while also working to correct—by means agreed upon by the Africans themselves—the historical injustice towards the African continent. Allocating additional seats to countries of the collective West, already overrepresented in the Security Council, is counterproductive. Germany and Japan, having delegated much of their sovereignty to their overseas patron, and having begun reviving the ghosts of Nazism and militarism at home, cannot bring anything new to the Security Council's work.

We are strongly committed to the inviolability of the UNSC permanent members' prerogatives. Given the unpredictable policy of the Western minority, only the veto power can ensure that the Council's decisions take into account all parties' interests.

The UN Secretariat's personnel policy remains insulting to the World Majority, as Westerners still predominate in all key positions. Alignment of the UN bureaucracy with the geopolitical world map cannot be delayed, as stated quite unambiguously in the above-mentioned BRICS Kazan Declaration. We shall see how receptive the UN administration, accustomed to serving the interests of a narrow group of Western countries, will be to this call.

As for the UN Charter's normative framework, I am convinced that it optimally meets the needs of the multipolar era, an era when everyone must observe—not only in word, but in deed—the principles of sovereign equality of states, non-interference in their internal affairs, and other fundamental principles. Such principles include the right of peoples to self-determination, the consensus interpretation of which is enshrined in the 1970 UN Declaration on Principles of International Law: a state's territorial integrity must be respected if its government represents its entire population. It goes without saying that, since the February 2014 coup, the Kiev regime does not represent the people of Crimea, Donbass, or Novorossiya any more than the Western powers represented the peoples of the colonial territories that they exploited.

Brazen attempts to reorder the world in one's own interest, violating UN principles, may beget instability, confrontation, and even catastrophe. Given the current level of international strife, recklessly rejecting the Yalta-Potsdam system, with the UN and UN Charter at its core, will inevitably lead to chaos.

One often hears that it is premature to speak of the desired world order at a time when we are still fighting to suppress the Western-supported forces of the racist regime in Kiev. This is, in our view, a baneful approach. The contours of the postwar world order, and the key points of the UN Charter, were discussed by the Allies at the height of World War II, including at the Moscow Conference of foreign ministers and the Tehran Conference of heads of state and government in 1943, and during other contacts between the future victorious powers, up to the Yalta and Potsdam Conferences in 1945. Although our allies already had a secret agenda, this did not detract from the enduring importance of the supreme principles of equality, non-interference in internal affairs, peaceful settlement of disputes, and “respect for human rights and for fundamental freedoms for all without distinction as to race, sex, language, or religion.”

The West evidently subscribed to these principles with ulterior motives, and then grossly violated them in Yugoslavia, Iraq, Libya, and Ukraine, but that does not mean that we should relieve the United States and its satellites of moral and legal responsibility, or should abandon the unique legacy of the UN’s founders as embodied in the UN Charter.[\[9\]](#) If, God forbid, someone tries to rewrite it (under the pretext of getting rid of the “outdated” Yalta-Potsdam system), the world will have no common guiding values left.



Russia is ready for joint honest work to balance parties’ interests and to strengthen the legal principles of international relations.



President Vladimir Putin’s 2020 initiative for a meeting of the leaders of the UNSC’s permanent members, who bear “special responsibility for the preservation of civilization,”[\[10\]](#) sought an equitable dialogue on all such issues. For well-known reasons beyond Russia’s control, this initiative did not go any further. But we keep our hopes up, although the participants and format of such meetings may now be different. The most important thing, according to Putin, is “to regain an understanding of what the United Nations was created for, and to follow the principles that are set forth in its founding documents.”[\[11\]](#) This should be the foremost guideline for regulating international relations in the multipolar era that has dawned.

References

- [1] RGP, 2020. Можно ли представить мир без ООН? [Can We Imagine a World Without the UN?]. CFDP and Gorchakov Foundation roundtable discussion. *Rossiya v globalnoi politike*, 26 November.

Available at: <https://globalaffairs.ru/articles/mozhno-li-predstavit-mir-bez-oon/> [Accessed 31 January 2025].

[2] Ibid.

[3] Bush, George H.W., 1990. Address Before a Joint Session of the Congress on the Persian Gulf Crisis and the Federal Budget Deficit. *The American Presidency Project*. Available at: <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/address-before-joint-session-the-congress-the-persian-gulf-crisis-and-the-federal-budget> [Accessed 31 January 2025].

[4] Rubio, M., 2025. Opening Remarks by Secretary of State-Designate Marco Rubio Before the Senate Foreign Relations Committee, 15 January. Official websites use .gov. Available at: <https://www.state.gov/opening-remarks-by-secretary-of-state-designate-marco-rubio-before-the-senate-foreign-relations-committee/> [Accessed 31 January 2025].

[5] Lukyanov, F.A., 2025. Downward. *Russia in Global Affairs*, 23(1). Available at: <https://eng.globalaffairs.ru/articles/downward-lukyanov> [Accessed 31 January 2025].

[6] Sushentsov, A.A., 2023. Осыпание мирового порядка и видение многополярности: позиция России и Запада [The Crumbling World Order and Perception of Multipolarity: Russian and Western Positions]. *Valdai Discussion Club*, 20 November. Available at: <https://ru.valdaiclub.com/a/highlights/osypanie-mirovogo-poryadka-i-videnie-mnogopolyarnosti/> [Accessed 31 January 2025].

[7] XVI BRICS Summit, 2024. Kazan Declaration. *Strengthening Multilateralism for Just Global Development and Security*. Kazan, Russian Federation, 23 October. Available at: https://cdn.brics-russia2024.ru/upload/docs/Kazan_Declaration_FINAL.pdf?1729693488349783 [Accessed 31 January 2025].

[8] See: Lavrov, S.V., 2023. Genuine Multilateralism and Diplomacy vs the “Rules-Based Order.” *Russia in Global Affairs*, 21(3). Available at: <https://eng.globalaffairs.ru/articles/genuine-multilateralism/> [Accessed 31 January 2025].

[9] See: Lavrov, S.V., 2023. Соблюдение принципов Устава ООН во всей их совокупности и взаимосвязи – залог международного мира и стабильности [Observance of the UN Charter’s Principles in Totality and Conjunction Is a Guarantee of International Peace and Stability]. *Rossiya v globalnoi politike*, 21(6). Available at: <https://globalaffairs.ru/articles/soblyudenie-principov-ustava-oon/> [Accessed 31 January 2025].

[10] Putin, V., 2020. Speech by Vladimir Putin at the International Forum “Preserving the Memory of the Holocaust, Fighting Anti-Semitism.” 23 January. Available at: <http://www.kremlin.ru/events/president/news/62646> [Accessed 31 January 2025].

[11] Putin, V., 2025. Press Conference on the Results of Russian-Iranian Negotiations, 17 January. Available at: <http://www.kremlin.ru/events/president/transcripts/76126> [Accessed 31 January 2025].